

Dr. Volker Ullrich

- (A) machen und die nicht einmal Gewinn erzielen, trotzdem Milliarden Euro an den Börsen wert sind, nur weil sie entsprechende Datensätze über uns alle haben. Deswegen besteht eine Verpflichtung des Gesetzgebers, die Spielregeln so aufzustellen, dass diese Daten nur in einem anständigen und für alle vertretbaren Rahmen genutzt und verwertet werden. Wir müssen ein Auseinanderfallen der Möglichkeiten der Onlineanbieter und der Möglichkeiten der Verbraucher verhindern und zu einer Balance kommen. Deswegen ist es richtig, dass sich diese Große Koalition darauf verständigt hat, auch im Bereich des Datenschutzes Verbandsklagerechte einzuführen. Aber wir sollten diese Rechte so ausgestalten, dass sie auch praxistauglich sind.

In der Praxis haben wir im Augenblick schon die Möglichkeit, über die Datenschutzbeauftragten der Länder bei entsprechenden Verstößen gegen Unternehmen vorzugehen. Leider wird sie viel zu wenig genutzt. Wir müssen uns alle fragen, weshalb von dieser Möglichkeit in der Praxis viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Möglicherweise liegt das auch daran, dass die Länder die Datenschutzbeauftragten mit zu wenig Personal und Ressourcen ausstatten. Deswegen muss der Appell ergehen, dass man auch die entsprechenden Ressourcen bereitstellt, damit Datenschutzbeauftragte ihre Arbeit vollbringen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Wenn wir über die Aufgaben der Datenschutzbeauftragten sprechen, dann ist es mir ein Anliegen – das wird in diesem Gesetzgebungsverfahren noch zu besprechen sein –, zu klären, wie wir aus den Befugnissen der zur Verbandsklage berufenen Stellen einerseits und der Datenschutzbeauftragten andererseits kein Nebeneinander, kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander für die Belange der Verbraucher machen. Wir brauchen Regeln für die Zusammenarbeit. Das ist im Regierungsentwurf noch nicht zufriedenstellend gelöst.

Wir müssen uns auch überlegen, wie wir diesen Entwurf vor dem Hintergrund einer sich formenden Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, in der ein solches Verbandsklagerecht möglicherweise nicht gilt, auch europarechtskonform machen. Ich glaube, das sind wir dem Jahrhundertwerk der Datenschutz-Grundverordnung schuldig.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mal sehen, ob das ein Jahrhundertwerk wird!)

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir diese Debatte insgesamt auch nutzen, um die besondere Bedeutung der Daten auch in diesem Hohen Hause zu reflektieren. Daten sind eine Währung. Sie sind, wenn sie in großen Mengen vorliegen, auch Rohstoff, Gold des 21. Jahrhunderts. Deswegen haben Daten unseren besonderen Schutz verdient. Wir werden sehr sensibel bei diesem Gesetzgebungsverfahren darauf achten, dass der Schutz des Verbrauchers im Mittelpunkt steht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/4631 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Staat Palästina anerkennen – Vollmitgliedschaft Palästinas in der UNO aktiv unterstützen

Drucksache 18/4334

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Wolfgang Gehrcke, Fraktion Die Linke.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Danke sehr. – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag, der hier im Parlament bereits diskutiert worden ist, hat eine sehr lebhafte Debatte ausgelöst. Ich will Ihnen nur einmal aus einem Kommentar des ehemaligen israelischen Diplomaten Alon Liel im *Tagesspiegel* zitieren. Er schreibt:

Es ist gut möglich, dass die schicksalhafte Entscheidung, ob jemals ein palästinensischer Staat entstehen wird, in den Händen des Bundestages liegt.

Ich finde, er hat recht, und genau deswegen haben wir den Antrag geschrieben und hier eingebracht.

Ich möchte mit Ihnen jetzt einmal sehr ernsthaft ausloten, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt, um diese katastrophale Situation im Nahen Osten, möglichst in Richtung Frieden, zu beenden. Sie kennen ja die Erklärung des israelischen Regierungschefs Netanjahu, dass es keinen palästinensischen Staat geben wird, solange er Regierungschef ist. Er hat seine Erklärung zwischenzeitlich relativiert – das weiß ich auch –, aber das ist seine Grundeinstellung.

Ich denke, dass man hier drei Möglichkeiten gegeneinander abwägen muss:

Erste denkbare Möglichkeit. Es bleibt beim Besatzungsstatut und einer Fortsetzung der Besetzung Palästinas. Das wird immer wieder Gewalt produzieren und gewaltsame Auseinandersetzungen mit sich bringen. Die Fortsetzung der Besetzung ist nicht friedlich zu gestalten.

(C)

(D)

Wolfgang Gehrcke

- (A) Die zweite denkbare Möglichkeit ist ein gemeinsamer demokratischer Staat mit demokratischen Institutionen, gegenseitiger Akzeptanz und der Bereitschaft zu einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Das würde bedeuten, dass die Jüdinnen und Juden in diesem Staat in der Minderheit wären. Das wird in Israel nicht akzeptiert und scheidet deswegen klar aus.

Die dritte denkbare Möglichkeit ist, dass es zwei demokratische Staaten nebeneinander gibt, die miteinander verbunden sind: Israel und Palästina.

Sie entscheiden jetzt, in welche Richtung der Deutsche Bundestag votieren und Druck entwickeln soll. Meine Entscheidung ist hier völlig klar: Ich möchte, dass ein lebensfähiger und demokratischer palästinensischer Staat entsteht, und das muss relativ schnell passieren. Es ist nicht mehr viel Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne einmal aus dem grandiosen, großartigen Buch mit dem Titel *Judas* von Amos Oz zitieren, das zur Buchmesse herausgebracht worden ist. Ich kann jedem nur empfehlen, dieses Buch zu lesen. Amos Oz beschreibt die Debatte in Israel vor der Staatsgründung. Er sagt:

Dieses Land wird in zwei selbstständige Staaten aufgeteilt, die durch eine Wirtschaftsunion und eine gemeinsame Währung verbunden sind. Jerusalem und Bethlehem werden unter internationale Kontrolle gestellt.

- (B) Ich finde, das ist eine großartige Vision, die er im Rückblick entwickelt. Er schließt solche Überlegungen also nicht aus. Um dorthin zu kommen, führt der Weg heute über einen eigenständigen demokratischen palästinensischen Staat.

Zum Abschluss will ich Ihnen auch nicht vorenthalten, was seine – meine auch – Angstvision ist. Er schreibt in diesem Buch auch:

Die Araber erleben Tag für Tag die Katastrophe ihrer Niederlage, und die Juden erleben Nacht für Nacht ihre Angst vor der Rache.

Das ist die Angstvision von heute. Ich finde, aus dieser Angstvision muss es einen Ausweg geben, und ich möchte gerne, dass wir diesen Ausweg mit aufzeigen.

Der Bundestag hat die Verpflichtung, klar für eine Zweistaatenlösung einzutreten. Der Weg zur Zweistaatenlösung geht über eine Vollmitgliedschaft Palästinas in der UNO. Warum soll man denn unseren Freunden nicht sagen, was heute notwendig ist?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Dr. Johann Wadepful, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Johann Wadepful (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Gehrcke, ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass das Hohe Haus eine große Bedeutung hat und dass wir zum Palästinakonflikt sicherlich auch Stellung nehmen sollten. Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, dass wir als Deutscher Bundestag das jetzt alleine entscheiden. Wir sollten uns konstruktiv an dem Prozess beteiligen. Das tun wir. Die deutsche Bundesregierung tut dies seit vielen Jahren, und ich denke, das sollten wir auch fortsetzen.

Sie haben hier drei Möglichkeiten aufgezeigt. Es ist doch völlig unstrittig, dass die dritte Möglichkeit präferiert und auch von der internationalen Gemeinschaft eindeutig unterstützt wird. Das heißt, die Zweistaatenlösung muss verfolgt werden. Diese unterstützen wir, hinter ihr stehen wir, und das sollte auch niemand infrage stellen. Es ist in der Tat – da haben Sie recht – eine Tragik, dass die Bemühungen, nachdem sich die amerikanische Administration viele Jahre zurückgehalten hatte und Außenminister Kerry hier wieder initiativ geworden ist und viel Kraft, Zeit und amerikanische Autorität investiert hat, erst einmal gescheitert sind. Ich kann die amerikanische Seite nur auffordern, bitten und ermuntern. Ich denke, wir sollten unseren Beitrag dazu leisten, dass die amerikanische Administration den Faden noch einmal aufnimmt, auch in der verbleibenden Amtszeit von Präsident Obama. Wir sollten ihn und John Kerry auffordern und unterstützen, ihre Bemühungen wieder aufzunehmen und das Ziel einer Zweistaatenlösung weiterzuverfolgen. Das würden wir unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Sie haben die Äußerungen Netanjahus angesprochen. In der Tat hat diese Wahlkampfüßerung – ich glaube, das war wirklich nur eine Wahlkampfüßerung – für Irritationen gesorgt. Ich stehe nicht an, hier eindeutig zu sagen: Sollte irgendein israelischer Politiker eine Art versteckte Agenda haben, also die Zweistaatenlösung nur formal verfolgen, aber in der Sache nicht bereit sein, den Weg zu einem demokratischen, rechtsstaatlichen und friedlichen Palästinenserstaat zu beschreiten, dann hätte er dafür nicht unsere Unterstützung; das muss man klar sagen.

Auf der anderen Seite muss man auch klar sagen, dass wir von allen Palästinensern, insbesondere der Hamas, erwarten müssen, dass sie bereit ist, Israel als einen eigenständigen Staat mit einem eigenständigen Existenzrecht anzuerkennen. Das haben wir in dieser Klarheit bisher nicht gehört.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Gehrcke, ich will in die Debatte keine Schärfe hineinbringen, aber da gibt es auch in Ihrer Fraktion noch einigen Nachholbedarf, was das Verhältnis zu Israel angeht. Ich gehe davon aus, Sie arbeiten daran. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Aber dass die Existenz des Staates Israel – wir werden in der nächsten Sitzungswoche 50 Jahre diplomatische Beziehungen

Dr. Johann Wadephul

- (A) zwischen Deutschland und Israel zu würdigen haben – für Deutschland eine besondere historische Verantwortung ist, soll hier noch einmal unterstrichen werden. Es ist die Aufgabe aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dafür einzustehen. Die Linke ist herzlich eingeladen, hier mitzumachen.

Dann müssen wir uns fragen: Wie können wir diesen Weg weiter verfolgen und hier vorangehen? Da sind in nächster Zeit auf beiden Seiten Kompromissbereitschaft und auch die Bereitschaft gefordert, miteinander zu diskutieren. Sie selber haben gerade erklärt: Ja, wir brauchen die Anerkennung eines demokratischen Staates Palästina. Dazu muss man sagen, dass Präsident Abbas, den wir durchaus schätzen und der, glaube ich, auch guten Willens ist, hier zu einer Lösung zu kommen, nachdem er für vier Jahre gewählt worden war, jetzt im neunten Jahr seiner Dienstzeit steht. Dass da demokratische Legitimation nicht mehr vorhanden ist, muss man ehrlicherweise dazusagen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Seien Sie froh, dass man ihn hat!)

– Man kann das faktisch betrachten und sagen: Seien Sie froh, dass gerade diese oder jene Person an der Macht ist. Aber ich meine, wir müssen mit unserem Verständnis, Herr Kollege Gehrcke, Wert darauf legen, dass diejenigen, die Regierungsgewalt ausüben, demokratisch legitimiert sind, sei es durch Wahlen, sei es durch Abstimmungen. Das ist derzeit in Palästina nicht der Fall.

- (B) Es hat eine Einheitsregierung gegeben; das ist ein hoffnungsvolles Zeichen gewesen. Es hat auch positive Entwicklungen gegeben; auch das muss ich sagen.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Es gibt doch gar keine Einheitsregierung!)

Wir müssen natürlich auch erwarten, dass diese Einheitsregierung funktioniert. Das tut sie aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Sie ist nicht in der Lage, für Sicherheit zu sorgen. Sie ist auch nicht in der Lage, dafür zu sorgen, dass es keine Raketenangriffe oder andere Anschläge auf israelisches Gebiet oder gegen israelische Bürger gibt. Diese hat es leider zuletzt gegeben; das muss man eindeutig sagen.

In dieser Situation halten wir es für verkehrt – Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss –, einseitig voranzugehen, Palästina einseitig anzuerkennen, auf welchem Wege auch immer. Wir sind weiterhin der Auffassung: Der Weg zu einer Zweistaatenlösung muss weiterverfolgt werden. Da müssen wir Druck aufbauen, und da müssen wir Unterstützung leisten. Ich denke, wenn wir das machen, dann gibt es auch eine Aussicht auf Erfolg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes hat Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag für Deutschland und für Israel. Heute ist der Unabhängigkeitstag Israels. Dieser Tag ist eng mit der deutschen Geschichte verbunden. Aus ihr heraus ergibt sich unsere unverbrüchliche Verpflichtung für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In seiner Rede zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hat Bundespräsident Gauck darauf hingewiesen, dass diese Verpflichtung für alle gilt, die in Deutschland zu Hause sind, als eine Verantwortungsgemeinschaft, die nicht aus einer Erfahrungsgemeinschaft herrührt. Ich finde, der Bundespräsident hat recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Recht auf Selbstbestimmung, auf ein Leben in Frieden und in Freiheit gilt für alle Menschen gleichermaßen. Selbstbestimmung, Sicherheit und Freiheit können für Palästinenser und Israelis letztlich nur dann Realität werden, wenn sie sie sich gegenseitig gewähren. Denn Israelis und Palästinenser sind auf ewig Nachbarn. Kein Zaun ist hoch genug, um auf Dauer Frieden zu ersetzen, und einen dauerhaften Frieden kann es nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D) Eine Zwei-Staaten-Lösung ist die einzige Antwort auf die berechtigten nationalen Ansprüche beider Seiten. Viele entscheidende Parameter einer friedlichen Lösung liegen längst vor. Eine Einigung hat es bisher nicht gegeben. Das Zeitfenster wird kleiner. Wenn man sich fragt, warum, dann fallen einem die Worte des libanesischen Schriftstellers Elias Khoury ein, der gesagt hat: Wir erleben einen Pessimismus des Willens im Nahen Osten.

Nichts ist gefährlicher, als sich in diesem Pessimismus bequem einrichten zu wollen. Israel schafft mit seiner Siedlungspolitik Fakten, die sich immer schwerer umkehren lassen. Der Alltag der Besatzung schafft eine tiefsitzende Frustration. Die humanitäre Not im Gazastreifen wird täglich größer. Hamas, aber auch Israel und Ägypten tragen dafür eine große Verantwortung.

Gleichzeitig häufen sich Berichte darüber, wie erfolgreich der islamische Dschihad und die Hamas in Gaza bereits Rekrutierungen für die nächste militärische Auseinandersetzung betreiben. So dreht sich die Eskalationsspirale jeden Tag weiter. Am Ende leidet vor allem die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten.

In beiden Gesellschaften ist die Mehrheit der Menschen für die Zwei-Staaten-Regelung immer noch sehr groß. Gleichzeitig haben diese Menschen seit Jahren kaum noch Grund, darauf zu vertrauen, dass es erfolgreiche Verhandlungen geben wird. Das scheint auch für die internationale Gemeinschaft zu gelten, nachdem die zahlreichen Bemühungen von US-Außenminister Kerry im vergangenen Jahr gescheitert sind.

Omid Nouripour

- (A) Die fatalen Wahlkampfaußerungen von Netanjahu, aber auch die Schwäche von Abbas sind besorgniserregend und tragen nicht dazu bei, das Vertrauen wieder aufzubauen. Aber gerade in dieser Situation müssen wir alles, was wir können, dazu beitragen, dass die Hoffnung auf Frieden und eine Zwei-Staaten-Lösung auf keinen Fall dauerhaft verloren geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deutschland muss klarmachen, dass es an der Seite Israels steht und dass für uns die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen oberste Priorität hat. Denn so wie Verhandlungen eine Anerkennung nicht ersetzen, so ersetzt eine Anerkennung nicht die Friedensverhandlungen. Die Anerkennung Palästinas muss mit der Unterstützung der Entwicklung von Friedensverhandlungen Hand in Hand gehen, wie es das Europäische Parlament in seiner Resolution vorschlägt.

Was Sie vorschlagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Linken, nämlich eine unverzügliche Anerkennung durch Deutschland, ist eher eine Trotzreaktion, aber keine Politik. Noch verwirrender ist aus meiner Sicht, dass Sie in dem Zusammenhang komplett auf den europäischen Kontext verzichten, gerade wenn man berücksichtigt, dass es auf dieser Ebene sehr viel Dynamik gibt.

- (B) Wir müssen uns mit allen Kräften darum bemühen, eine glaubwürdige Perspektive für die Zwei-Staaten-Lösung aufrechtzuerhalten. Das passt sicherlich nicht damit zusammen, dass einzelne Kolleginnen und Kollegen die BDS-Kampagne unterstützen, die faktisch gegen die Zwei-Staaten-Lösung arbeitet. Denn wenn wir die Hoffnung aufrechterhalten wollen, dann müssen wir diejenigen stärken, die sich auf beiden Seiten für eine friedliche Regelung des Konflikts einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Zaun ersetzt auf Dauer Frieden, und dauerhaften Frieden gibt es nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Niels Annen das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Niels Annen (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Bundestagsfraktion ebenso wie die Bundesregierung und, ich denke, auch die Europäische Union halten an der Zwei-Staaten-Lösung fest. Wir sind der Auffassung, dass zunächst die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden müssen, da einseitige Maßnahmen das Konfliktpotenzial erhöhen und deswegen eine dauerhafte Belastung für den Friedensprozess darstellen würden. Die israelische

Regierung und die Palästinensische Autonomiebehörde sind daher aufgerufen, schnellstmöglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung nun wirklich als Ziel in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei muss natürlich sowohl das Existenzrecht Israels als auch ein lebensfähiger palästinensischer Staat in den Mittelpunkt gerückt werden. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, werden wir Ihren Antrag ablehnen. (C)

Dennoch gibt es natürlich Gründe – das ist auch deutlich geworden –, über den Konflikt zwischen Palästina und Israel zu diskutieren; denn die Wahrheit ist doch: Fortschritte sind trotz enormer internationaler Bemühungen ausgeblieben. Nach dem Scheitern der von Außenminister Kerry vermittelten Friedensgespräche befinden wir uns nun wieder dort, wo wir uns vorher befunden haben, nämlich in einer Sackgasse.

Unruhe und Unzufriedenheit über den Stillstand bei diesen Verhandlungen wachsen, und das ist auch nachvollziehbar. Ich denke, auch hier bei uns im Deutschen Bundestag, auch in Europa steigt die Frustration über die fortdauernde Besatzung und über die fortgesetzte Siedlungspolitik; vor allem Letztere ist ein großes Hindernis für das Zustandekommen einer politischen Lösung. Diese Frustration erklärt auch die Debatten über eine Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates in anderen europäischen Staaten. Darüber ist auch in anderen europäischen Parlamenten sicherlich diskutiert worden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]) (D)

Deswegen, Herr Kollege Gehrcke, ist Ihr Antrag auch nicht überraschend. Es ist auch in Ordnung, dass wir darüber diskutieren. Mich hat eher gewundert, dass er erst jetzt gestellt wird.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt Kritik! – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wir sind schlau!)

Die politische Situation, vor der wir stehen, ist durchaus zwiespältig. Natürlich gibt es auf der einen Seite gute Gründe, die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung zu kritisieren. Ich bin der Meinung, dass die Regierung Netanjahu sehr viel Zeit, eher zu viel Zeit, ungenutzt hat verstreichen lassen, überwiegend taktiert hat und damit leider konkrete Schritte in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung unterminiert hat. Das ist eine bedauerliche Entwicklung, und das ist auch von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und auch dieses Parlamentes wiederholt in einer angemessenen Form zum Ausdruck gebracht worden.

Ich denke auch, man kann am Ende nur schwer dem widersprechen, was Außenminister Kerry vor dem Kongressausschuss gesagt hat. Er hat relativ deutlich gemacht, wo er den größten Hinderungsgrund für das Scheitern seiner Initiativen gesehen hat, nämlich in der Weigerung der Regierung Netanjahu, sich wirklich auf substanzielle Gespräche einzulassen. Dazu gehört natürlich auch die Bereitschaft, entsprechende Zugeständnisse zu machen.

Niels Annen

- (A) Aber auf der anderen Seite kann man hier auch nicht einfach so tun, als hätten wir hier im Deutschen Bundestag es in der Hand, über die Anerkennung eines palästinensischen Staates zu entscheiden.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wir können unsere Meinung sagen!)

Das entspricht einfach nicht den Realitäten. Es ist so: Der Bundestag verfügt nicht über den Schlüssel – Sie, Herr Kollege Gehrcke, mögen das bedauern – zur Lösung des Nahostkonflikts. Man sollte darauf hinweisen, dass selbst dort, wo Anerkennungen ausgesprochen worden sind – im UN-Rahmen hat das die große Mehrheit der Staaten getan –, diese Anerkennungen, wenn man ganz ehrlich ist, fast keinerlei Auswirkungen auf die Politik der israelischen Regierung gehabt haben. Das mag man bedauern; trotzdem ist dies eine Tatsache.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das ist kein Argument! Dann kann man aufhören, Politik zu machen!)

Deswegen habe ich den Eindruck, dass hier eine Erwartung geschürt wird, die nicht erfüllt werden kann.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann muss man über Alternativen nachdenken!)

Ich habe auch mit Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde darüber gesprochen. Das ist eine Erwartung der Autonomiebehörde, die ich gut nachvollziehen kann, die aber trotzdem in die Irre führt. Um es sehr klar zu sagen: Ein palästinensischer Staat entsteht nicht durch den Beschluss des Deutschen Bundestages, er entsteht nur durch eine einvernehmliche politische Lösung zwischen den Partnern.

(B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube, es ist wichtig, gerade in einer ausgesprochen sensiblen und entscheidenden Situation, in der in Israel darüber diskutiert wird, wie die neue Regierung zusammengestellt wird, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es die große Sorge gibt, zumindest in meiner Fraktion – ich könnte mir vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie diese Sorge teilen –, dass sich das Zeitfenster für eine Zwei-Staaten-Lösung langsam zu schließen beginnt.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Was dann?)

Es muss uns Sorge machen – das ist hier von anderen Kollegen zu Recht gesagt worden –, dass die Äußerungen im Wahlkampf, dass es mit ihm, Netanjahu, als Ministerpräsidenten keine Zwei-Staaten-Lösung geben werde, in der Tat eine bedenkliche Entwicklung darstellen, auch einen Höhepunkt der bisherigen Palästina-Politik von Ministerpräsident Netanjahu. Denn er hat mit dieser Äußerung ja nicht nur eine Wahlkampfäußerung getätigt, Herr Kollege Wadephul, sondern natürlich im Kern auch das Instrumentarium, das wir über viele Jahre aufgebaut haben, infrage gestellt.

Ich will an dieser Stelle schon sagen: Wenn das die Politik einer neuen israelischen Regierung sein sollte, dann würde das natürlich nicht nur einen großen Rück-

schlag in der Debatte darstellen, sondern es wäre auch ein Bruch mit internationalen Verpflichtungen, die Israel eingegangen ist. (C)

(Beifall des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD])

Deswegen glaube ich, dass man in dieser Situation darüber noch einmal diskutieren müsste.

Ich bin schon ermutigt dadurch, dass Premierminister Netanjahu diese Äußerungen in den vergangenen Wochen relativiert hat und seine Bereitschaft geäußert hat, über die bisherigen Vorschläge von Außenminister Kerry weiter zu diskutieren.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Das spricht ja gerade dafür, dass es eine Wahlkampfäußerung war!)

Ich will am Ende noch etwas zu der innenpolitischen Verfasstheit Israels sagen. Viele von uns haben bei der Beobachtung des Wahlkampfes den Eindruck gewonnen, als stünde die Frage der Zwei-Staaten-Lösung im Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung in Israel. Ich glaube, dass das eine Fehleinschätzung ist.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Genau!)

Es gibt in Israel große innere Spannungen. Sie haben etwas mit der demografischen Entwicklung zu tun. Sie haben etwas mit der ungerechten Einkommensentwicklung zu tun. Wir haben eine soziale Protestbewegung erlebt, die sich artikuliert hat und deren Vertreter jetzt zum Teil Mitglied der Knesset sind. Ich glaube, dass wir dieses ganz besondere Jahr des 50-jährigen Jubiläums der deutsch-israelischen Beziehungen nicht nur nutzen sollten, um offizielle Gespräche zu führen – das ist alles hervorragend organisiert, und ich freue mich auf viele Begegnungen mit Kolleginnen und Kollegen in Israel –, sondern auch, um mit den Vertretern der neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen über die gesamte Bandbreite unserer Beziehungen zu diskutieren und auch über die Sorgen, die in dieser Debatte artikuliert worden sind. (D)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Andrea Lindholz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andrea Lindholz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 12. Mai dieses Jahres werden wir das 50-jährige Jubiläum der deutsch-israelischen Beziehungen feiern. Nach dem Grauen des Holocaust, mit dem Nazideutschland unfassbares Leid über das jüdische Volk gebracht hat, wirkt dieses Jubiläum wie ein Wunder.

Die deutsch-israelischen Beziehungen gehören genauso wie das Existenzrecht Israels zu den Säulen der

Andrea Lindholz

- (A) deutschen Außenpolitik. Daran darf und wird sich auch nichts ändern. Schon allein aufgrund unserer besonderen Verantwortung gegenüber Israel muss sich Deutschland für Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten einsetzen.

Im Koalitionsvertrag haben wir eine Zwei-Staaten-Lösung zu unserem Ziel erklärt. Wir wollen einen Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat. Diese Zwei-Staaten-Lösung schließt letztendlich auch eine Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesrepublik mit ein.

Einige Parlamente in Europa haben diese Anerkennung in den letzten Monaten gefordert, allerdings nicht bedingungslos, wie es im Antrag der Linken ausgeführt wird. Das Europaparlament und das spanische Parlament unterstützen die Anerkennung Palästinas zwar im Prinzip, sie wird aber von erfolgreichen Friedensverhandlungen abhängig gemacht. Ein solcher Vorbehalt befindet sich zum Beispiel im Antrag der Linken nicht.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Zu Recht!)

Eine Zwei-Staaten-Lösung kann nur zusammen mit und nicht gegen Israel gelingen. Das israelische Volk muss davon überzeugt werden, dass die Sicherheit Israels von einem souveränen palästinensischen Staat nicht bedroht wird, sondern dass dieser Staat eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden schaffen kann.

- (B) Auf die Anerkennung Palästinas durch Schweden hat Israel mit dem schärfsten diplomatischen Mittel reagiert und den Botschafter aus Stockholm abgezogen. Eine solche Eskalation der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland zum 50-jährigen Jubiläum zu riskieren, wäre unerträglich.

Im Antrag der Linken wird mit keinem Wort das Sicherheitsbedürfnis Israels und sein Existenzrecht erwähnt. Beides muss aber im Friedensprozess eine zentrale Rolle spielen und insbesondere auch in einem Antrag des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Einseitigkeit zeugt von fehlendem außenpolitischem Gespür.

Eine Anerkennung, wie sie im Antrag der Linken gefordert wird, hätte vor allen Dingen einen symbolischen Charakter und würde einseitig Druck aufbauen. Angesichts des extrem instabilen Friedensprozesses sollten wir uns genau überlegen, ob wir damit den Friedensprozess tatsächlich voranbringen würden.

Unser primäres Ziel muss es sein, die Friedensverhandlungen wieder in Gang zu setzen; denn nur so kommen wir der Zwei-Staaten-Lösung näher.

Seit den Friedensverträgen von Oslo nimmt Israel Steuern für die palästinensischen Behörden ein und überweist sie.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Hin und wieder!)

Wenn die israelische Regierung diese Gelder nun teilweise zurückhält, um damit politische Stimmungsmache zu betreiben und Druck auf die palästinensische Verwaltung auszuüben, dann schadet sie sich selbst in dreifacher Hinsicht: Erstens schwächt sie damit die Kräfte im Westjordanland, die auf palästinensischer Seite aktiv an einer friedlichen Lösung des Konfliktes mitarbeiten. Zweitens steigt dadurch die Gefahr einer Radikalisierung. Drittens verstößt die israelische Regierung damit gegen Friedensverträge.

Letztendlich zeigt dieses Beispiel aber auch, wie abhängig Palästina von Israel ist. Nur am Verhandlungstisch kann die internationale Gemeinschaft an dieser Abhängigkeit etwas ändern. Wenn die Lage eskaliert, so wie in Schweden, dann gewinnt man nichts.

Deutschland muss daher klar Position beziehen und Israel zur Mitarbeit an der Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig drängen. Echte Freundschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass man ehrlich zueinander ist und Fehlentwicklungen anspricht. Das muss Deutschland in Israel weiterhin tun.

An einer Delegationsreise des Innenausschusses nach Israel vor drei Wochen haben Vertreter aller Fraktionen teilgenommen, auch Vertreter Ihrer Fraktion, von denen heute aber kein einziger hier ist – im Gegensatz zu den Vertretern der anderen Fraktionen. Das hat mich überrascht und auch etwas gewundert. Wir haben in diesen Gesprächen vor Ort, in denen wir uns mit palästinensischen und israelischen Gesprächspartnern aus den verschiedensten Bereichen unterhalten haben, gespürt, wie unterschiedlich die Sichtweisen beider Lager zum Teil sind. Wir haben gespürt und gehört, wie schwierig es ist, die Verhandlungen zu führen, und was für ein zweifelloses hartes Stück Arbeit das bedeutet. Wir haben aber auch erlebt, wie stark die Bande zwischen unseren Ländern heute sind. Wir haben gesehen, was wir gefährden würden, wenn wir Ihrem Antrag heute zustimmen würden.

Wenn ich mich daher gegen Ihren Antrag ausspreche, dann ist das kein Votum für Israel und gegen Palästina, sondern ein Votum für Palästina und Israel mit der Hoffnung, dass die Friedensverhandlungen zügig wieder aufgenommen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4334 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe: Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung**